

Liebe Leser*innen des **GRÜNEN** Rundbriefs,

sehr geehrte Damen und Herren,

heute vor einem Jahr fand die Landtagswahl in Baden-Württemberg statt. Dank Ihrer 27.671 Stimmen darf ich Sie seither im Landtag vertreten. Schon länger waren mein Team und ich dabei, einen „Jubiläumsrundbrief“ zu diesem Anlass vorzubereiten. Aber die aktuellen und tragischen Meldungen über den **Krieg in der Ukraine** machen es mir unmöglich, mit „business as usual“ fortzufahren. Daher widmet sich dieser Rundbrief vor allem der Ukraine, und belässt es darüber hinaus bei vier Meldungen, die ich Ihnen zukommen lassen wollte.

Freundliche Grüße aus der Ulmer Bockgasse,

Michael Joukov.

[Krieg in der Ukraine – Hilfe ist gefragt](#)

Über 2 Millionen Menschen mussten bereits vor dem von der gegenwärtigen russischen Regierung entfesselten Angriffskrieg gegen die Ukraine ihre Heimat verlassen. Bisher ist nur ein Bruchteil dieser Geflüchteten in Baden-Württemberg angekommen, aber es werden täglich mehr, und es ist zu befürchten, dass dieser Krieg, allen Friedensbemühungen zum Trotz, noch länger andauert und jeden Tag weiteres Leid mit sich bringt. Der Landtag hat in seiner ersten Sitzung seit Kriegsbeginn am vergangenen Mittwoch bekräftigt, dass das Land gemeinsam mit den Kommunen den Geflüchteten beistehen wird. Aber ganz zentral ist die Hilfe engagierter Mitbürger*innen vor Ort zu unterstützen. **Hier ist jedes Engagement willkommen** – wer sich also einbringen will, ist beim Flüchtlingsrat richtig aufgehoben: <https://www.fluechtlingsrat-ulm.de/>

DANKE in Voraus für Ihr Engagement!

[Ukraine – mein Statement zur Lage](#)

Ich werde, gerade wegen meiner russisch-ukrainisch-jüdischer Herkunft, in den letzten Tagen oft um eine Einschätzung der Lage in der Ukraine gebeten. In diesem Kontext erlaube ich mir, meine Rede bei der ersten großen **Ukraine-Solidaritätsdemo** hier weiterzuleiten.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Damen und Herren, hier stehen wir bei bestem Wetter, während 1-500 Kilometer weiter östlich Menschen mit Sorge in den Himmel blicken, denn seit dem vergangenen Donnerstag **gehen Bomben, Raketen und Geschosse vom Himmel in der Ukraine nieder**. Was einige von uns nicht gesehen haben, und sehr viele nicht sehen wollten, ist nun wahr – es herrscht wieder Krieg in Europa.

Dieses kann uns nicht kalt lassen, und so danke ich allen, die heute hier sind. Dieses Zeichen der Solidarität ist sehr wichtig, und in ganz Europa und darüber hinaus gehen Menschen heute auf die Straße. Das ist sehr gut, sehr richtig, und sehr wichtig, aber dabei darf es nicht bleiben!

Ich will es so deutlich aussprechen, wie ich es kann: wir alle sind gefordert, die europäischen Werte zu verteidigen, und das wird weder einfach noch angenehm. Denn Sanktionen, die die russische Regierung treffen, werden auch der europäischen und der deutschen Wirtschaft schaden, und das massiv. Sie werden auch dem russischen Volk schaden, welches von Putin gewissermaßen in Geiselnhaft genommen wurde. Einen anderen Weg gibt es leider nicht. Es geht aber um das grundsätzliche Prinzip – dass Grenzen in Europa nicht mit Gewalt verschoben werden dürfen. **Es geht um die Gewaltfreiheit als Grundprinzip der europäischen Politik, und es geht somit um unser aller Zukunft!**

Aber viel härter als die wirtschaftlichen Folgen – denn Deutschland ist ein sehr reiches Land – ist es vermutlich, Abschied zu nehmen von der Vorstellung, Deutschland könne sich aus dem Konflikt heraushalten. Wenn wir das tun – uns raushalten – wird die Europäische Union nicht bestehen, denn Putins Ambitionen machen von den EU-Grenzen nicht halt. Wir müssen nun ein klares Bekenntnis abliefern, um zu zeigen, dass wir zu unseren EU-Partnerländern stehen. Da kann das wirtschaftsstärkste Land der EU nicht außen vor bleiben.

Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen Putins Russland und unserem Staatsverständnis. Deutschland ist eine funktionierende Demokratie, und es gab heute eine Debatte im deutschen Bundestag, die zweierlei deutlich gemacht hat – dass es erstens eine große Pluralität bei der Frage der angemessenen Reaktion gibt, und dass aber zeitgleich alle demokratischen Parteien klarmachen, dass Putin sich nicht täuschen darf – Deutschland **steht zu seinen Verpflichtungen** und lässt die Ukraine und die EU-Partnerländer nicht im Stich.

Diese Vielfalt der Meinungen und eine Debatte ist etwas, was Putin nicht kennt, bei ihm bekommen alle gesagt, was sie zu sagen haben. Umso wichtiger war die heutige Bundestagsdebatte. Ich darf an dieser Stelle herzliche und solidarische Grüße von meinem Parteikollegen und Freund Marcel Emmerich überbringen, der Ulm im Bundestag vertritt. Die Debatte zeigt übrigens, dass die deutsche Politik in der Lage ist, schnell zu reagieren, wenn es sein muss. Da hat sich Putin wohl verschätzt. Wer hätte gedacht, dass ein Christian Lindner Erneuerbare Energien als „Freiheitsenergien“ lobt? Wer hätte gedacht, wie radikal die SPD mit Putin und North Stream II bricht, trotz Gerhard Schröder? Wer hätte gedacht, dass die CDU eingesteht, dass die Bundeswehr nach 16 Jahren CDU-Verteidigungsminister nicht in der Lage ist, ihren Aufgaben nachzukommen? Und wer hätte gedacht, dass die Linkspartei die Aggression Putins so klar als solche benennt? Und ja, auch meine Partei hat sich bereit erklärt, bestimmte Positionen, allen voran zu den Waffenlieferungen, zu überdenken, aber Eigenlob verbietet sich, zumal es ja um die Menschen in der Ukraine und nicht um uns selber geht.

Es geht um die Ukraine, dieses Land wird von drei Seiten angegriffen – vom Norden, Osten und vom Süden. Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, hat seine Erwartung deutlich formuliert: „ich glaube fest daran, dass die EU der Ukraine beisteht“. Es ist für die deutsche Politik und für die deutsche

Gesellschaft, aus sehr guten Gründen, extrem schwer, auch militärische Maßnahmen zu befürworten. Bis auf ganz wenige macht sich niemand diese Entscheidung leicht. Aber Panzer lassen sich nicht durch das Anstrahlen des Brandenburger Tors aufhalten. Das ist leider nur mit geeigneten Waffen möglich, die in der Ukraine knapp wurden. Da konnte Deutschland nicht außen vor bleiben, und so fiel schweren Herzens die Entscheidung, dass auch die Bundesrepublik Waffen liefert. Eine große Zäsur, aber eine notwendige.

Natürlich wünschen wir uns alle, dass der Krieg endet, am besten sofort. **Das Ziel ist es, und wird es immer bleiben, zu Verhandlungen zurückzukehren.** Aber Verhandlungen zu führen, nachdem Kiew von der russischen Armee eingenommen wurde, ist nicht erfolgsversprechend. Es gibt Stimmen, die von Fehlern auf beiden Seiten reden, und rein sachlich stimmt es, die westliche Welt hat etliche Fehler gemacht. Das ändert jedoch nicht das Geringste daran, dass russische Panzer am Stadtrand von Kiew stehen, nicht etwa die ukrainischen kurz vor Moskau, und dass es russische Raketen und Geschosse sind, die den ukrainischen Zivilist*innen den Tod bringen.

Es gilt auch eines deutlich zu machen – dass wir unterscheiden zwischen Putin und seiner Clique und dem russischen Volk. In Russland gehen immer mehr mutige Menschen gegen diesen Angriffskrieg auf die Straße. Das sind wirkliche Held*innen, denn sie spüren die Härte des angeblichen Musterdemokraten Putin – **welch krasser Kontrast zu den sog. Spaziergänger*innen**, die von der Polizei geschützt marschieren und etwas von der Diktatur faseln!

Sehr geehrte Damen und Herren, man hört es mir an, und die meisten werden es eh wissen. Ich bin in Russland geboren und aufgewachsen, meine Mutter stammte aus der Ukraine, eine Konstellation, die gar nicht so selten ist. Es gab in der Community der Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion bisher auch ganz unterschiedliche Haltungen zum Ukraine-Konflikt.

Aber in den vergangenen Stunden und Tagen erlebe ich, dass sich Menschen mit Wurzeln in der Sowjetunion fast ausnahmslos zu den europäischen Werten und zum Frieden bekennen und sich eindeutig gegen Putin stellen. Fast alle, viel mehr, als ich es für möglich gehalten hätte. Und diesen Menschen müssen wir die Hand ausstrecken und deutlich machen, dass wir uns gegen Putin und seine Politik stellen, aber Menschen, die russischsprachig aufgewachsen sind, und hier leben, nicht in Mithaftung nehmen. Bis auf ganz wenige, Unbelehrbare, die es überall gibt, können wir uns auf sie verlassen – sie sind Teil unserer Gesellschaft und bekennen sich eindeutig zu unseren Werten!

Aber, und das will ich an dieser Stelle sagen – die deutsche Politik kann deutlich mehr tun, um diese Menschen zu erreichen. Dafür habe ich mich seit Jahren eingesetzt und werde es nun mit doppeltem Einsatz tun!

Sehr geehrte Damen und Herren, in Europa herrscht wieder Krieg. Krieg bedeutet auch immer zivile Opfer. Wir müssen bereit sein, Menschen, die aus der Ukraine flüchten, hier aufzunehmen, genauso, wie diejenigen, die aus in Belarus und Russland vertrieben werden, weil sie sich gegen diesen mörderischen Krieg stellen! Dieser Aspekt kam bisher in der Debatte leider viel zu kurz – aber es sind alle staatlichen Ebenen gefordert, der Bund mit der Finanzierung, die Länder und Gemeinden mit der Organisation. Und, das darf ich sagen, ich bin sehr froh, dass

Annalena Baerbock unsere Außenministerin ist, weil sie gezeigt hat, wie gut sie Widerstände gegen die Sanktionen und gegen Aufnahme von Geflüchteten in den EU-Staaten und auch in der Debatte in Deutschland überwinden kann! All die Menschen, die auf die Straßen gehen, hier in Ulm wie in ganz vielen Städten, machen deutlich, dass die Zivilgesellschaft solidarisch ist zur Ukraine. Einem Land, welches einen jüdisch stämmigen Präsidenten hat, und unter dem absurden Vorwand angegriffen wird, es sei faschistisch. Da gilt es, klare Kante zu zeigen!

Und die Politik ist gefragt, dafür zu sorgen, dass Deutschland autarker wird. Und als Ökonom muss ich sagen: Autarkie ist teuer. Aber mit dem Geld, das die russische Regierung für Öl, Gas und Kohle erhält, wird der Krieg in der Ukraine finanziert. Daher ist jedes Windrad, jedes Solarmodul, jedes Pumpspeicherkraftwerk ein Beitrag zur Friedenssicherung, ebenso wie jeder bäuerliche Betrieb, der unsere Ernährung sichert, und die es in den vergangenen Jahren sehr schwer hatten, und immer weniger werden.

Und, das erlaube ich mir, als Bahnpolitiker, auch dazu zu sagen – jeder Zugkilometer mit E-Antrieb, der eine Fahrt mit erdölbetriebenenem Kfz ersetzt, ist ein Beitrag zum Frieden!

In diesem Sinne – bedingungslose Solidarität, kurzfristige Hilfe und mittelfristige Autarkie – dafür sollten wir, alle gemeinsam stehen!

Хай живе, живе вільна Україна – es lebe die freie Ukraine! Vielen Dank!

Krieg in der Ukraine – Folgen für die Energieversorgung

Mich erreichen seit mehreren Tagen etliche Nachfragen, was der Krieg für die Preise für Strom, Gas, Treibstoff und vor allem für die Lebensmittel bedeuten wird. Der Blick auf die Tankstellenpreise (auch wenn ich selber kein Kfz besitze, bin ich gleichwohl nicht blind) zeugt von zusätzlicher Belastung für all diejenigen, die täglich auf das Kfz angewiesen sind.

Verständlicherweise kann ich dazu noch nicht allzu viel berichten. Aber **die deutschen Gasvorräte werden ausreichen, um die Heizung auch in der kommenden Heizperiode zu ermöglichen.** Schließlich werden für das Heizgas bereits jetzt deutlich höhere Preise bezahlt, als für das Gas für den Industriebedarf, es muss also eher angenommen werden, dass die größten Auswirkungen dort zu finden sein werden. Die Zuständigen im Land und im Bund sind mit Hochdruck dran, Lösungen zu erarbeiten, auch für die Mobilität. Gerade in meinem Bereich – der Bahnpolitik – werden die Preise aller Voraussicht nach nicht steigen, und es sollen in Zukunft auch mehr Züge fahren. Kurzfristig wird es jedoch zu Härten kommen, denn die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft waren und sind zu sehr von Importen billiger fossiler Energieträger (im Übrigen auch Uran) abhängig. In den vergangenen 16 Jahren wurde viel von der Energiewende gesprochen, aber zu wenig getan. Das hat sich geändert, aber die Wirkung wird sich nicht über Nacht einstellen. So offen muss es eingestanden werden.

Krieg in der Ukraine – Folgen für die Bundeswehr

Es ist – gerade wenn man einen Bundeswehr- und NATO-Standort wie Ulm als Abgeordneter vertritt – schon seit längerem ein offenes Geheimnis, dass die Ausstattung, vor allem aber die Rekrutierung der Bundeswehr seit etlichen Jahren nicht den Anforderungen entsprechen, die an sie gestellt werden. Erst recht gilt es für den Fall, dass Europa (endlich!) auch bei der Sicherheit enger kooperiert. Die Ankündigung der 100 Milliarden Euro und des 2%-BIP-Ausgabenziels in der Sondersitzung des Bundestags kam zumindest für uns Landtagsabgeordnete überraschend. Es ist, wie oben ausgeführt, nicht nur eine Geldfrage, sondern auch eine Frage der Strukturen. Dennoch wird es auch nicht ohne eine Ausweitung des Verteidigungsbudgets gehen. Gerade für einen **GRÜNEN** ist es nicht einfach, das offen einzuräumen. **Aber es geht gerade vor dem Hintergrund der jetzt stattfindenden Umwälzungen nicht um das Parteiwohl, sondern um nicht weniger als die Zukunft Europas.**

Krieg in der Ukraine und die Russischstämmigen im Lande

Etliche Menschen mit Wurzeln in der ex-UdSSR und etliche Deutsche aus Russland haben sich in den letzten Tagen besorgt gezeigt, dass sie für den Ukraine-Krieg in Mitverantwortung gezogen werden. In meinem Namen und auch nach Rücksprache mit meiner Fraktionsspitze auch in ihren Namen will ich klarstellen:

Für uns **GRÜNE** ist es absolut selbstverständlich, die hier lebenden Mitbürger*innen mit Wurzeln in Russland (und der ehemaligen UdSSR) keinesfalls für die Taten Putins in Mithaftung zu nehmen. Allen, die es versuchen, halten wir entgegen, dass dieses keinesfalls mit den europäischen Werten vereinbar ist. **Die Landesregierung wird alles dafür tun, um russischsprachigen Mitbürger*innen und die Deutschen aus Russland, die hier leben, vor Anfeindungen oder gar Angriffen zu schützen.**

Krieg in der Ukraine – Folgen für die Studierenden

Der Angriff der russischen Truppen auf die Ukraine hat zu großen Fluchtbewegungen in die Staaten der Europäischen Union geführt. Darunter befinden sich auch zahlreiche ukrainische Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Und auch die Sorgen und Ängste der Studierenden und Forschenden in Baden-Württemberg, die eine ukrainische Staatsangehörigkeit besitzen, sind groß. Ich halte es für dringend geboten,

weitere Hilfsmaßnahmen auf den Weg zu bringen, um sowohl den bereits hier ansässigen als auch den geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern **eine schnelle und pragmatische Unterstützung zukommen zu lassen und ihnen eine Bleibeperspektive zu bieten**. Einen entsprechenden Antrag habe ich in den „Abstimmungslauf“ gegeben und bin zuversichtlich, dass er wenige Tage nach Versand dieses Rundbriefs auch formell ins parlamentarische Verfahren geht.

Vereinbarkeit des kommunalen Mandats mit dem Studium wird verbessert!

Studierende, die ein kommunales Mandat wahrnehmen oder erwägen, sich um eines zu bewerben, sind mit einem Problem konfrontiert. Aktuell ist eine Regelungslücke vorhanden, die es den Studierenden nicht ermöglicht für die **Teilnahme an Sitzungen des jeweiligen kommunalen Gremiums** freistellen lassen zu können. Etliche Problemfälle wurden an mich herangetragen, und auch aus meiner Studienzeit kann ich von einiger Unvereinbarkeit berichten. Ich habe [der Ministerin geschrieben](#) und um Abhilfe gebeten, und es wurde [umfassende Abhilfe zugesagt](#), für die ich der Ministerin sehr herzlich danke!

Zugverkehr gesichert – Übernahme der Abellio Rail BW durch SWEG rechtskräftig

Die Übernahme der Abellio Rail Baden-Württemberg durch die SWEG ist rechtskräftig. Damit ging ein „Eisenbahnkrimi“ sowohl für die Fahrgäste als auch für das Personal der insolventen Tochtergesellschaft der Holländischen Staatsbahnen mit einer guten Lösung zu Ende. Es bestand die Gefahr, dass das Unternehmen durch das Insolvenzverfahren zerschlagen wird und damit mittels Notvergaben die Fahrleistungen auf mehrere Eisenbahnunternehmen hätte verteilt werden müssen. Dass dies eine teure und nicht so reibungslos verlaufende Lösung gewesen wäre, versteht sich von selbst, und zeigt auch der Blick nach NRW.

Hier hat unser Landesverkehrsministerium schnell, mutig, umsichtig und erfolgreich gehandelt. Auch das Personal war mit der Übernahme einverstanden. Laut Verkehrsminister gab es keine über die übliche Fluktuation hinausgehende Abwanderung, da klar und deutlich eine langfristige Sicherung der Arbeitsplätze kommuniziert wurde.

Sowohl die Fahrzeuge als auch die Betriebsmittel bleiben weiterhin bei der bisherigen Gesellschaft, die in SWEG Bahn Stuttgart GmbH (SBS) umbenannt wurde. Die Marke „Abellio“ darf noch bis zur Jahresmitte benutzt werden. Der zum 1.1.2022 vollzogene Wechsel war im operativen Geschäft nicht zu bemerken. Somit war der Übergang für die Fahrgäste reibungslos. **Die Fahrgäste sind bei Verkehrsminister Winfried Hermann in guten Händen!**

Für ein 365-Euro-Jugendticket im ganzen DING!

Die Einführung des landesweit gültigen ÖPNV-Tickets für Schüler*innen, Studierende, Lehrlinge und Azubis bis 27 Jahre und für alle jungen Menschen unter 21 Jahren ist für die Verkehrswende ein zentral wichtiges Thema, gerade um jungen Menschen die Nutzung des ÖPNV früh nahe zu bringen und um die Umwelt zu entlasten.

In unserer Region organisiert der DING (Donau-Iller Nahverkehrsverbund GmbH) den öffentlichen Verkehr. Insgesamt sind bei DING 34 Verkehrsunternehmen einschließlich der DB AG zusammengeschlossen. Der DING war auch der erste Verkehrsverbund im Lande, der – bereits im November 2021 – **die Einführung des 365-Euro-Tickets beschlossen hat.**

Etliche Linien des DING überqueren die Landesgrenze, weil auch das Ausbildungspendeln über Ländergrenzen in der Region gelebter Alltag ist. [Ich habe den Verkehrsminister gebeten](#), dafür zu sorgen, dass das Angebot auch im bayerischen Teil des DING gültig sein soll. In [seiner Antwort](#) hat der Minister dargestellt, dass die **GRÜN**-geführte Regierung alle Voraussetzungen geschaffen hat. Die Schüler*innen aller Schulen im württembergischen Teil unserer Region und auch die Studierenden der dortigen Hochschulen können ungeachtet des Wohnorts für 365 Euro im Jahr in ganz Baden-Württemberg mit dem öffentlichen Verkehr fahren. Es liegt in der Hand des Landrats und der Oberbürgermeisterin von Neu-Ulm, dafür zu sorgen, dass es für alle jungen Leute aus der Region gilt. **Die Brücke ist gebaut, nun gilt es, darüber zu gehen, und ich bitte sehr dringend darum, es auch zu tun!**

Das war's für heute – vielen Dank für Ihr Interesse! Der nächste Landtags-Rundbrief wird voraussichtlich im kommenden Mai erscheinen.